

Deutscher Gewerkschaftsbund



18.04.2012

DGB fordert Aufarbeitung der Finanzkrise

Der DGB Rheinland-Pfalz fordert Konsequenzen aus der Finanzkrise 2009. Bis heute habe es keine Aufarbeitung gegeben, sagte der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid am 17. April bei der gemeinsam vom DGB und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Rheinland-Pfalz veranstalteten Podiumsdiskussion „Verhaften wir die Falschen? Die Kapitulation des Staates vor der Finanzindustrie“. Insbesondere eine gerechte Steuerpolitik sei nun dringend notwendig. Allein durch eine Vermögenssteuer könne Rheinland-Pfalz eine Milliarde Euro zusätzlich pro Jahr einnehmen.

Der Autor des Buches „Finanzmafia. Wieso Banker und Banditen ohne Strafe davonkommen“, Wolfgang Hetzer, sagte, vor der Krise seien an den Finanzmärkten eine „Landschaft von Luftschlössern“ errichtet worden, aus der irgendwann jemand den Stöpsel gezogen habe. Der Öffentlichkeit werde suggeriert, die Krise sei mit einer Naturkatastrophe zu vergleichen, für die niemand Verantwortung trage. Tatsächlich aber sei die Finanzkrise das Produkt politischer Fehlentscheidungen, wirtschaftlicher Inkompetenz und krimineller Energie. „Die Deregulierung des Derivatehandels und gigantische Staatsverschuldung haben Kapitalmärkte in Tatorte verwandelt, auf denen gemeingefährliche Verbrechen verübt werden“, sagte Hetzer. Die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Finanzministerium, Salvatore Barbaro (SPD), wies darauf hin, der Ausgangspunkt der Krise sei schwer zu definieren. Es habe eine Phase des „extrem billigen Geldes“ gegeben, die auch von Gewerkschaften begrüßt worden sei. Die Politik müsse nun für stärkere Regulierung sorgen. Dazu zähle auch eine Finanztransaktionssteuer, die auch ohne die Beteiligung großer Bankenstandorte wie Großbritannien eingeführt werden könne. Zudem müsse eine funktionierende Steuerverwaltung und –fahndung vorhanden sein.

Als „gar nicht so unmöglich“ sieht der GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach die Möglichkeiten der Strafverfolgung von Bankenmanagern und den übrigen Verantwortlichen. Die Paragrafen zu Untreue und Betrug sowie das Kapitalmarktrafrecht seien eine gute Grundlage für Anklagen. Scharbach wies zudem auf die Weisungsbefugnis des Justizministeriums gegenüber den Staatsanwaltschaften hin. Die Ministerien müssten das Augenmerk der Staatsanwaltschaften verstärkt auf einschlägige Verdachtsfälle lenken. Das sei bislang nicht geschehen. Dies sei umso unbefriedigender, da die Finanzkrise direkte Auswirkungen auf die generelle Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland habe. „Als Folge der Krise wird in Rheinland-Pfalz massiv gekürzt. Polizei und gleichermaßen Steuerfahnder müssen in ausreichender Zahl und Qualifikation vorhanden sein. Mit den Kürzungen erreiche man genau das Gegenteil.“

Wolfgang Hetzer nannte Island und Ungarn als Beispiele dafür, dass es durchaus Möglichkeiten gebe, Verantwortliche der Krise zur Rechenschaft zu ziehen. „In Island steht der ehemalige Ministerpräsident vor Gericht, in Ungarn gibt es entsprechende Pläne“, sagte Hetzer. Tatsächlich aber sei das Strafrecht kein „Allheilmittel“. Weitere Maßnahmen müssten dringend getroffen werden. Dazu zählten unter anderem eine stärkere Hinterlegung der Banken mit Eigenkapital, transparente Handelsplattformen für Finanzmarktprodukte, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, das Verbot von Aktienleerverkäufen und Korrekturen an den Bilanzierungsstandards von Banken.